

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:
Riesauer Verlag
Riesau Nr. 24
Postfach Nr. 22

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Cöpenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau,
des Finanzamts Riesau und des Hauptzollamts Weißen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:
Dresden 1888
Stroßhof
Riesau Nr. 22

Nr. 40.

Samstag, 16. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Spätspätere, gegen Verrechnung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Rest des Monats sind die Zustellungsbedingungen, Gebühren der Abnahme und Materialpreise beizubehalten wie aus dem Nachdruck der Verordnungen und Nachlieferung von Anzeigen bis 20 Uhr. 1 um jede Anzeigengruppe (6 Zeilen) 2 Gold-Pfennige; die 20 von dem Restbetrag 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und Inhaltliche Art 50%, Aufschlag, je nach Inhaltliche Art 50%. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten — bei der Beförderer keine Haftung auf Bestimmung oder Nachlieferung des Spätspätere. Anzeigenpreis und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Cöpenhain 22. Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Hübner, Riesau; für den Vertrieb: Wilhelm Göttsche, Riesau.

Ein offener Brief an das Daweskomitee.

Der Reichsverband zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft e. V., Berlin, veröffentlicht in seiner Zeitschrift „Arbeit und Eigentum“ einen umfangreichen offenen Brief an das in Paris tagende Daweskomitee, den wir im folgenden auszugsweise wiedergeben.

Sehr geehrte Herren!

Wenn Ihre Arbeit den gewünschten Erfolg haben soll, müssen Sie zunächst mit dem volkswirtschaftlichen Grundirrtum des Dawesplanes aufräumen. Obwohl die Sachverständigen des ersten Daweskomitees erkannten, daß Deutschland nach der Lage der Dinge Tribute nur aus dem Ueberfluß seiner Warenhandelsbilanz zahlen kann und die vom Reich während der Inflation vorgenommene Erziehung von Schulden und Zinsen das Volkseinkommen verringern und die Steuerkraft schwächen würde, folgten sie doch nicht dieser besseren Einsicht, sondern ließen sich unter dem Druck der irreführenden öffentlichen Meinung der Siegerstaaten zu der aller Verzichtsbereitesten Ansicht verleiten, daß deutsche Volk ohne deshalb umso höhere Kosten tragen, weil sein Privateigentum durch die Entwertung der Mark im weiten Umfange zerstört worden war.

Wer jedoch in dem Wahne lebt, daß ein Volk umso höhere Tribute zahlen kann, je zahlreicher sein Privateigentum zerstört wird, muß folgerichtig Sowjetrußland als das leistungsfähigste Land der Erde betrachten und der Ansicht sein, daß der Wohlstand durch die Wegnahme seines Besitzes wirtschaftlich umso härter wird. Dann ist aber auch unverständlich, warum die Vereinigten Staaten Nordamerikas ihren europäischen Schuldverhältnissen nicht den Rat erteilen, das Privateigentum ihrer Bürger so gründlich wie möglich zu zerstören, damit sie desto eher ihren Verpflichtungen gegenüber der nordamerikanischen Union nachkommen können.

Der verhängnisvolle Grundirrtum des Dawesplanes wäre schon längst vor aller Welt offenbar geworden, wenn die Vereinigten Staaten Nordamerikas das Deutsche Reich nicht durch die Vergabe von Krediten in die Lage versetzt hätten, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Bisher ist deshalb nur der Beweis erbracht, daß man mit geborgtem Gelde wohl Schulden bezahlen kann; aber die deutsche Leistungsfähigkeit sowie die Lösung des Transferproblems jedoch geben die auf Grund des Dawesplanes gemachten Erfahrungen keinen Aufschluß.

Könnten Sie sich aber, sehr geehrte Herren, nicht zu dem Gesandnis entschließen, daß der Dawesplan auf unhaltbarem Fundament ruht; würden Sie vielmehr auf der verfestigten Grundlage weiterbauen, dann wäre die Verrüttung der Wirtschaft und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in der übrigen Welt die unausweichliche Folge.

Aber wird Ihnen nicht entgangen sein, daß man auch im Chaos Geschäfte machen kann. Das doch gerade die Erfahrung der letzten Zeit gelehrt, daß sich die Erde mit ihren Schätzen umso billiger erwerben läßt, je toller es in einem Lande drunter und drüber geht, und daß man aus einem Volke umso höhere Zinsen herauszuschlagen kann, je größer sein Kapitalmangel ist.

Die Menschheit hat darum ein Recht darauf, die Regeln kennen zu lernen, die Sie bei Ihren Entschlüssen leiten; ob Ihnen die Verfassung der Weltwirtschaft vor Augen schwebt oder ob Sie es abschneiden, das diesem Ziel, auf das heute überlegene kapitalistische Räuber planmäßig loszueilen, die Wohlfahrt der Nationen geopfert wird; ob Sie gewillt sind, ungeschützter Erwerblicher und grenzenloser Verwilderungslust ein weltweites vernünftiges halt entgegenzusetzen, Produktion und Bedarf auseinander abzustimmen und ein Wirtschaftssystem zu beschaffen, das einerseits auf der freien Initiative des einzelnen Unternehmers beruht, in dem aber andererseits der Anteil an der Produktion in gegenseitiger Verantwortlichkeit mit dem organisierten Weltmarkt feststeht, so daß ein übermäßiges Großkapital dem wirtschaftlich Schwächeren nicht zerrützt und das Privateigentum des Unternehmers ebenso wie die Existenz- und Freiheitsrechte des Arbeiters wirksamen Schutz finden.

Es liegt in Ihrer Hand, sehr geehrte Herren, den allseitig bestehenden Einbruch zu befeitigen, daß der Dawesplan wie eine internationale Konkursverwaltung wirkt. Hoffen Sie aber, wie dies Owen Young angedeutet hat, am Wiederaufbau des Dawesplanes festhalten, dann sagen Sie offen und ehrlich, wozu Sie zu diesem Gedanken, vertreten Sie auch heute noch die Meinung, daß Deutschland „umso leistungsfähiger“ ist, weil es das Privateigentum seiner Bürger von Grund aus zerstört; geben Sie an den letzten Zahlungsbilanz- und Handelsbilanz der deutschen Wirtschaft nichts vorüber; unterlassen Sie es, sich über die mutmaßliche Gestaltung dieser Bilanzen im Hinblick auf die weltwirtschaftliche Entwicklung Rechenschaft zu geben; können Sie es ab, die Frage, welche Zahlungen Deutschland auf Grund seines Ausfuhrüberschusses tatsächlich zu leisten vermag, einer eingehenden Prüfung zu unterziehen; vermeiden Sie es, ein Urteil darüber zu fällen, unter welchen Voraussetzungen die deutsche Wirtschaft ausländische Anleihen nicht nur verdienen und amortisieren, sondern darüber hinaus auch mit Aussicht auf Gewinn verwenden kann; berücksichtigen Sie nicht, daß sich die Kaufkraft des deutschen Volkes infolge einer weitgehenden Zerstörung seines Privateigentums wesentlich verringert hat; dann ist es schade um jedes Wort, das Sie verlieren. Dann aber brauchen Sie sich auch nicht zu wundern, wenn weite Kreise in der neuen Daweskomitee

Die Arbeiten der Reparationsfachverständigen.

11 Paris. Die Reparationsfachverständigen haben gestern vormittag eine Sitzung abgehalten, die von 11 Uhr bis kurz vor 1 Uhr dauerte. Ein Communiqué wurde nicht ausgedrückt.

Wie verlautet, erregte sich die Diskussion auf die Auswirkung der Auslandskredite auf die deutsche Wirtschaft im Zusammenhang mit der Zahlungsabteilung und ihrer Wirkung auf die Weltwirtschaftsfrage seit 1924.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat die deutsche Ansicht vorgetragen. Von der anderen Seite wurden ein paar Fragen gestellt. Dr. Schacht hat a. B. hervorgehoben, wie hart die Verschuldung der Landwirtschaft zugenommen hat, und es wurde gefragt, ob diese Verschuldung der Landwirtschaft durch neue Investitionen entlastet ist oder ob es sich um Verluste handelt. Eine in Deutschland unternommene Enquete hat bekanntlich zu der Feststellung geführt, daß von der 7 1/2 Milliarden Mark betragenden Verschuldung der Landwirtschaft seit 1924 etwa 1 1/2 Milliarden Mark auf Investitionen, die anderen auf Verluste zurückzuführen sind.

Dr. Meißner hat über den deutschen Standpunkt, betreffend die Zahlungsabteilung gesprochen, wobei er die Ansicht des Staatlichen Reichsamts vertrat.

Wie verlautet, ist bis jetzt weder eine Denkschrift aufgestellt, noch die Einlegung von Unterschriften erfolgt worden. Das Daweskomitee der Sachverständigen hat, wie es heißt, beschlossen, falls die Presse sich in ihren Kombinationen nicht große Beschränkungen auferlegen sollte, die Pressemitteilungen ganz einzustellen.

Erklärungen der amerikanischen Sachverständigen.

11 Paris. Die Pariser Ausgaben der beiden amerikanischen Zeitungen „Chicago Tribune“ und „New York Herald“ geben ziemlich übereinstimmende Meinungen über den Ausgang der Sachverständigenkonferenz, so daß ihre Ausführungen

auf die amerikanischen Sachverständigen zurückzuführen sein dürften. So erklärt „Chicago Tribune“ daß man wahrscheinlich das Entschädigungsproblem nicht einseitig lösen, sondern

die Höhe und die Dauer der deutschen Zahlungen festlegen

werde. Die Frage der Stillkündigung der Gesamtsumme durch Unterbringung auf dem Geldmarkt werde auf dieser Konferenz nicht gelöst werden. Nach der Meinung anerkannter Wirtschafts- und Finanzführer könnte heute keine beträchtliche Summe flüssig gemacht werden, so daß man das Problem der Kommerzialisierung auf einen späteren Termin verschieben müsse. In einigen Jahren könnte dann eine Abordnung der verschiedenen Staatsbanken der beteiligten Länder aufgestellt werden, die mit dem Mobilisierungsproblem zu befassen und durch eine internationale Anleihe einen Geldbetrag flüssig zu machen, der den Gläubigerregierungen übergeben würde. Diese würde dann wahrscheinlich den Betrag dazu benutzen, einen Teil ihrer Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten zu zahlen. Weiter erklärt das Blatt, der Geldbetrag der deutschen Handelsbilanz von 2 Milliarden jährlich plus 2 1/2 Milliarden Jahresrate aus dem Dawesplan erlaube 4 1/2 Milliarden Mark jährlich. Das sei ein beträchtlicher Nettobetrag, den die deutsche Regierung durch fremde Anleihen und andere Mittel alljährlich befeitigen müsse. — Ferner erklärt „New York Herald“, wenn die Sachverständigen das

Problem der Kommerzialisierung in späteren Sitzungen erörtern

wollten, so würden sie kaum weitergeben, als das Gerücht eines Planes anzunehmen, der später von den beteiligten Regierungen ergänzt werden könne. Die Sachverständigen würden zunächst den Betrag und die Dauer der Zahlungen festlegen müssen, bevor die Angelegenheit der Kommerzialisierung erwogen werden könne.

Eine Denkschrift der sächsischen Regierung.

Die Benachteiligung Sachsens bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer.

16. Dresden, 15. Febr. Die Regierung hat eine Denkschrift über die Benachteiligung des Freistaates Sachsen bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer herausgegeben. Diese Denkschrift beschäftigt in ihren Ausführungen, ihrem Zahlenmaterial und den statistischen Tabellen einen gerechtem und für Sachsen günstigeren Schlüssel bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer herbeizuführen. Nach der Denkschrift wird die Kraftfahrzeugsteuer zu je einem Viertel nach der Bevölkerungszahl und dem örtlichen Einkommen und zur Hälfte nach dem Gebietsumfang auf die einzelnen Länder verteilt. Dieser Verteilungsschlüssel ist für Sachsen durchaus ungünstig und führt zu einer sehr schweren und in jeder Beziehung ungerechten Benachteiligung Sachsens. Kein anderes Land wird durch die Verteilungsschlüssel so schwer geschädigt wie Sachsen. Der Verteilungsschlüssel entspricht auch nicht dem Erfordernis einer sachlichen und gerechten Verteilung, er ist daher auf die Dauer unhaltbar und bedarf dringend einer baldigen Abänderung.

Wird von Hamburg und Bremen abgesehen, so ergibt sich für das Land Sachsen die höchste Ertragsbelastung. Die durch die Kraftfahrzeugsteuer verursachte Abminderung der Erträge hängt in weitgehendem Maße von der Tonnenkilometerleistung ab. Diese ist aber durchaus nicht der Gebietsgröße proportional. Während Sachsens Gebietsumfang 2,20 v. H. vom Reiche ausmacht, beträgt die sächsische Tonnenkilometerleistung in 34 Stunden 8,08 v. H. Bayern, das fünfmal so groß ist wie Sachsen, weist nur eine um 1/4 höhere Tonnenkilometerleistung auf. Schon

hieraus wird die Ungerechtigkeit erkennbar, wenn Bayern von der Hälfte der Kraftfahrzeugsteuer infolge ihrer Verteilung nach dem Gebietsumfang einen rund fünfmal so großen Anteil erhält wie Sachsen. Ferner verhält es sich mit Württemberg. In den Jahren 25, 26 und 27 hat Sachsen mehr Kraftfahrzeugsteuer als das fünfmal so große Bayern aufgebracht. Gleichwohl hat es in jedem der drei Rechnungsjahre nur einen knapp halb so großen Anteil wie Bayern erhalten.

Neben die Hälfte der in Sachsen aufgebrauchten Kraftfahrzeugsteuer fließt in andere Länder. In diesem Umfange müssen die sächsischen Kraftfahrzeughalter ihre Steuer dafür bezahlen, daß die Erträge in anderen Ländern zurückgehalten werden. Die Einkünfte, die Sachsen allein in den Jahren 1924 bis 1927 und in der ersten Hälfte des Jahres 1928 durch den Verteilungsschlüssel erlitten hat, beläuft sich gegenüber einer Verteilung nach dem Einkommen auf rund 2,4 Millionen Mark.

Sachsen beantragt daher in erster Linie die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer ausschließlich nach dem örtlichen Einkommen in den einzelnen Ländern. Wenn dieser Antrag keinen Erfolg haben sollte, so wird eventueliter beantragt, wenigstens den als Verteilungsgrundlage ganz unzulässigen Gebietsumfang aus dem jetzigen Verteilungsschlüssel vollständig auszuschließen und durch das örtliche Einkommen zu ersetzen, und demgemäß die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer zu drei Vierteln nach dem örtlichen Einkommen und zu einem Viertel nach der Bevölkerungszahl vorzunehmen.

Schulfragen und Lehrerbildung.

Der Reichsminister des Inneren, Geheimes, empfing zu einer Besprechung Vertreter der deutschen Lehrerschaft. Bei dem Empfang wurden, wie der „Demokratische Zeitungsbote“ meldet, die Fragen der Grundschule, des Reichsschulgesetzes, der Lehrerbildung, der Schulpflicht und der Zukunft des Reiches zu Einrichtungen auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens besprochen.

Der Minister betonte, daß die Schwierigkeiten des Reichsschulgesetzes eine Folge der unsicheren politischen Lage sei und des fortwährenden Wechsels in der Reichsregierung und im Reichsinnenministerium. In einem Reichsschulgesetz, das gegen seine Uebergangung sei, werde er sich nicht drängen lassen.

Die Lehrervertreter bedauerten, daß die Regelung des Schulpflicht durch ein Reichsgesetz noch nicht vorangetrieben sei. Ferner wurde die Notwendigkeit der Durchführung des Reichsschulgesetzes im Hinblick auf die Lehrerbildung betont. Besetzung erklärte, daß er im Hinblick auf diese Fragen auf dem Verwaltungswege vielleicht einiges erreichen könne.

zung nur die ähneren Zulisse für ein längst abgekartetes Spiel der internationalen Hochfinanz erblicken.

Im Deutschen Reichstag hat sich einmal eine parlamentarische Mehrheit für die Annahme der Dawesgesetze gebildet, weil man die Hoffnung hegte, daß an die Stelle verdrängter Gewalt die wirtschaftliche Vernunft treten würde. Täuschen Sie sich aber nicht! Ein neues Gehülft würde eine Bewegung entfachen, von deren Ducht und Größe sich die Welt kaum eine Vorstellung machen könnte. Ihnen, sehr geehrte Herren, ist es vorbehalten geblieben, die Aufgabe zu lösen, die der Biererrat in Paris nicht zu lösen vermochte. Möge das Werk, dem Sie Ihre Kräfte weihen, weder dem Egoismus einer Nation noch dem unerfülllichen Gewinnstreben einzelner Wirtschaftspraktiker, sondern einzig und allein dem Frieden der Völker dienen.

In dieser Erwartung zeichnen wir mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung als ergebener

Reichsverband zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft e. V.